

Die Landtags- und Bundestagswahl 2002 in Mecklenburg-Vorpommern

Nikolaus Werz

Von einem „Wahlergebnis der Ratlosigkeit“ hat Joachim Raschke mit Blick auf die Bundestagswahl 2002 gesprochen. Bei der Analyse der am gleichen Tag stattgefundenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (MV) sind die Aussagen etwas einfacher: Das Ergebnis ist eindeutig und auch die Polarisierung fällt klarer aus. Im Unterschied zu 1998 spielten die Folgen der sog. Vereinigungskrise und der Rechtsradikalismus im diesjährigen Wahlkampf keine entscheidende Rolle (Vgl. Gegenwartskunde 1998/1 und 1998/4).

Besonderheiten der Wahlen und Landesparteien in MV

Drei Punkte gilt es zu berücksichtigen:

1. Seit 1994 finden die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen an ein und demselben Tag statt – dies hat es in der Wahlgeschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Und es bedeutet, dass der Bundestrend bei der Doppelwahl stets einen erheblichen Einfluss hat.
2. Seit 1994 besteht im Land der tausend Seen und Flüsse ein Dreiparteiensystem und zwar nach den Wahlen von 1998 in dieser Reihenfolge: SPD (34%), CDU (30%) und PDS (24%).
3. Seit 1998 regiert die erste rot-rote Koalition auf Landesebene in Schwerin. Mithin stellte sich die Frage, wer aus dem Schweriner Feldversuch als Gewinner hervorgehen würde: die Sozialdemokratie?, die PDS?, oder die oppositionelle CDU? Auch auf diese Frage scheint die Wahl Antworten zu geben.

In der politischen Öffentlichkeit der alten Bundesrepublik galt die Entstehung der rot-roten Koalition 1998 als ein Tabubruch, der Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern erschien sie eher als eine Normalisierung.¹ Für die SPD eröffnete sie neue Koalitionsoptionen, für die PDS die Chance von der Staatspartei der DDR zur Regierungspartei in der neuen Bundesrepublik zu werden. Deshalb wurde auch von einem Schweriner Modellversuch gesprochen.

Wirtschaftlich ist die rot-rote Koalition sicherlich kein Modell.² Bei der Wirtschaftsleistung und der Arbeitslosigkeit liegt MV unter den Bundesländern auf dem vorletzten Platz, die Abwanderung gerade von jüngeren Menschen hat weiter zugenommen. Die Koalition hat aber eine stabile und ruhige Regierungsführung eingeleitet. Damit setzte sie sich zum einen von dem pannenreichen ersten Regierungsjahr von Rot-Grün im Bund ab, zum anderen von den verbalen Gegensätzen innerhalb der großen Koalition aus CDU und SPD von 1994 bis 1998 in Schwerin. Aus diesem Grunde haben Journalisten die rot-rote Regierung bald als „Prima-Klima-Club“ bezeichnet. Auch die ohne vorherige Rücksprache mit der PDS Anfang Mai 2001 erfolgte Zustimmung von Ministerpräsident Ringstorff zum Rentenentwurf im Bundesrat führte nur vorübergehend zu einer Verstimmung. Diese Art der Regierungsführung entspricht aber wahrscheinlich nicht nur dem Naturel der politischen Führungsschicht in Schwerin, sondern auch den Erwartungen eines Teils der Landeskinder.

Als einzige Oppositionskraft im Landtag hoffte die CDU auf Stimmengewinne. Bei den Europawahlen 1999 hatte die CDU bei einer Wahlbeteiligung von nur 50,8% ein Rekordergebnis von 45% erreicht (+11,4% im Vergleich zu 1994), während die PDS bei 24,5% (-2,3%) und die SPD bei 20,3% (-2,8%) landeten. Auch bei den am gleichen Tag durchgeführten Kommunalwahlen wandten sich die Wähler verstärkt der Union zu. Während die CDU also bei allen Landtagswahlen seit 1990 Stimmen verloren hat, gewann sie auf der kommunalen Ebene stetig an Einfluss. Von einem roten Kopf mit schwarzen Füßen war mit Blick auf das Verhältnis von Landesebene und Kommunen die Rede.

Im Unterschied zu Sachsen-Anhalt, wo es bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2002 einen heftigen Einbruch von fast 16% für die regierende SPD um Ministerpräsident Höppner gegeben hatte, waren die Ausgangsbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern andere: Dies lag zum einen an der Gleichzeitigkeit von Bundestags- und Landtagswahl, die völlig unterschiedliche Rahmenbedingungen schafft als bei normalen Landtagswahlen, zum anderen an der Tatsache, dass im Unterschied zu Sachsen-Anhalt die Landesidentität in Mecklenburg-Vorpommern stärker ausgeprägt ist, Ministerpräsident Ringstorff und die Landes-SPD bei diesem Wahlkampf die Verbesserungen in den Vordergrund stellten und es keine Schlusslichtdebatte gab.

Seit 1994 besteht in Mecklenburg-Vorpommern ein Dreiparteiensystem, damit hat die SPD zwei Koalitionsmöglichkeiten, die CDU hingegen nur eine. Dies bedeutet also auch, dass bei einem Weiterbestehen dieses Parteiensystems die im Schweriner Landtag vertretenen Parteien entsprechende Wahlergebnisse erzielen müssen, um eine Regierung bilden zu können. Insofern gingen die drei im Landtag vertretenen Parteien mit unterschiedlichen Voraussetzungen in den Wahlkampf:

1. Die SPD verfügt mit Harald Ringstorff über den im Lande bekanntesten Politiker, der einen Ministerpräsidenten-Bonus aufbauen konnte. Auch wurde die stabile Regierungsführung in Schwerin vor allem mit der SPD in Verbindung gebracht. Darüber hinaus konnten die Sozialdemokraten in der Endphase des Wahlkampfes vom Kanzlerbonus profitieren.
2. Das Ausbleiben des 1998 im Wahlkampf angekündigten „Politikwechsels“ in MV wurde anscheinend vor allem der PDS angelastet, zumal sie – im Unterschied zur SPD in der großen Koalition 1994-1998 – auf die Rolle einer „Opposition in der Regierung“ verzichtete.
3. Die CDU, die bei den Kommunalwahlen seit 1999 deutlich zugelegt hatte, setzte vor allem auf die Themen Wirtschaftsentwicklung, Stop der Abwanderung und – wie die seit 1994 im Landtag nicht mehr vertretene FDP – auf Mittelstandsförde-

rung. Sie forderte einen „neuen Willen fürs Land“ und setzte es sich zum Ziel, die stärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern zu werden.

Die unterschiedliche Ausgangslage machte sich auch in den Wahlprogrammen bemerkbar. Ziel der SPD war es, bei der Landtagswahl stärkste Partei zu bleiben. Mit den Slogans „Die Kraft des Landes“ und „SPD-Mitte voraus“ warb sie in einem personalisierten Wahlkampf um Stimmen. Dadurch sollte auch auf die Balance zwischen Wirtschaft und Arbeit einerseits und die soziale Gerechtigkeit andererseits hingewiesen werden.

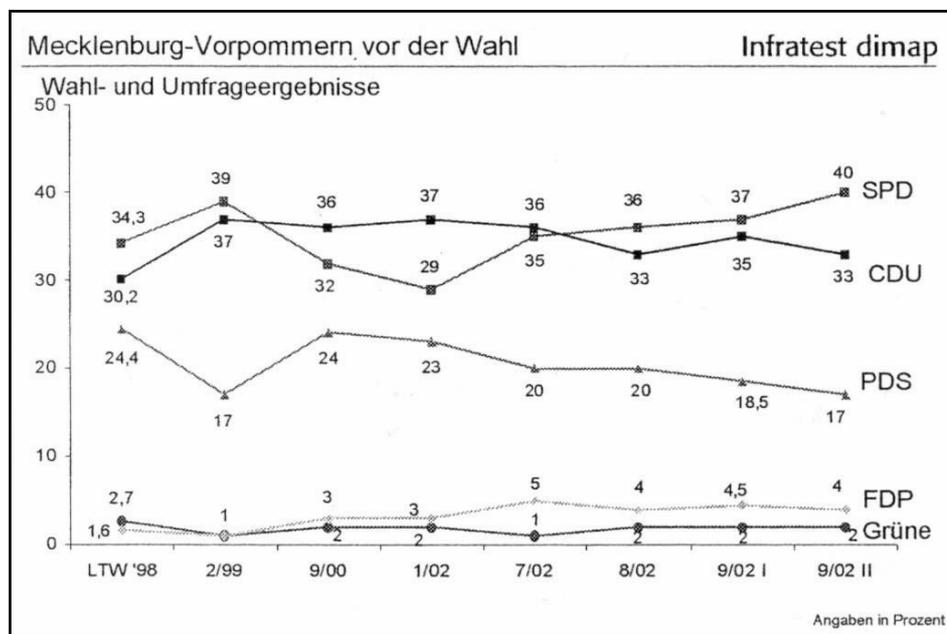
Die CDU setzte auf eine Imageverbesserung des Landes und stellte ein Sofortprogramm mit dem Titel „Regieren ohne Zeitverzug“ auf. Durch die Zusammenlegung von Arbeits- und Wirtschaftsministerium sowie Landwirtschafts- und Umweltministerium sollte deren Zahl von neun auf sieben reduziert werden. Die Werbekampagne war unter dem Titel „Ein neuer Wille fürs Land“ voluntaristisch, sie setzte sich auch farblich mit gelb und weiß von der Kampagne der Union im Bund ab.

Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern stellt den ersten Landesverband der Postkommunisten mit eigener Regierungserfahrung in der Bundesrepublik dar. Die PDS präsentierte sich als Friedenspartei, propagierte ein Mitte-Links-Bündnis und wollte noch bei dem Parteitag im März 2002 in Rostock im Osten zur stärksten Kraft und im Bund zur drittstärksten Partei werden. Für MV stellte man das verwegene Ziel von 25+X auf. Die Realität in MV sah allerdings nicht zuletzt aufgrund der Arbeit von zwei der drei PDS-Minister anders aus. Im Falle von Helmut Holter, Minister für Arbeit und Bau und stellvertretender Ministerpräsident, wurde von einer „Begünstigungs-Affäre, Stasi-Affäre und Reisekosten-Affäre“ gesprochen, die Tätigkeit von Dr. Martina Bunge im Sozialministerium galt als wenig beispielhaft. Lediglich Umweltminister Prof. Dr. Wolfgang Methling erhielt allgemein gute Noten.

Im Wahlkampf und im sog. Fernsehduell vom 18. September 2002 zeigten sich die bekannten persönlichen Gegensätze zwischen Ringstorff und Rehberg. Ringstorff warf bei dieser Gelegenheit dem CDU-Spitzenkandidaten mehrfach vor, das Land schlecht zu reden. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass Rehberg Katholik sei und die Landes-CDU Wahlkampf in den Farben des Vatikans betreiben würde (also gelb und weiß). Bis 2007 solle die Angleichung zwischen Ost und West bei den Löhnen erreicht werden, das Land insgesamt an Anziehungskraft gewinnen. In der Schuldebatte kritisierte Ringstorff, dass man nichts von der DDR-Schule übernommen habe. Neben Wirtschaft und Umwelt wolle die SPD vor allem soziale Fragen berücksichtigen. Dagegen rückte Rehberg das Thema Abwanderung und entsprechende Gegenmaßnahmen in den Vordergrund; die CDU wolle sich für weniger Bürokratie und für wirtschaftliche Ansiedlungen einsetzen.

Meinungsklima und Umfragen

Seit Ende 1999 konnte die CDU in den Umfragen in MV zulegen, während die SPD zurückfiel. Allerdings lag die rot-rote Koalition laut Umfrageergebnissen insgesamt immer vorne. Die Landes-CDU machte sich deshalb Hoffnungen wieder stärkste Partei zu werden, erst im Juli 2002 – unter dem Eindruck der Flutkatastrophe im Osten und der Furcht vor einem Krieg im Irak – setzte offenbar ein Meinungsumschwung ein (Vgl. Schaubild).



Eine im Auftrag der ARD durchgeführte repräsentative Befragung der Wahlberechtigten in Mecklenburg-Vorpommern vor der Landtagswahl am 22. September 2002 ergab folgendes Bild:³ 89% schätzten demnach die wirtschaftliche Lage als schlecht ein, 59% allerdings die eigene Lage als gut. Rot-rot habe eher geschadet (53%) als genutzt (41%). Auch wenn bei der Bilanz der Landesregierung die Unzufriedenheit überwog, war das Urteil der Wähler wenige Tage vor der Landtagswahl so gut wie im ganzen Wahljahr 2002 noch nicht. So waren 42% mit der Leistung des Schweriner Kabinetts zufrieden. Damit schnitt das SPD-PDS-Kabinett im Urteil der Bürger besser ab als vor vier Jahren die Große Koalition mit Berndt Seite (37%). Die SPD-PDS-Regierung erhielt auch eine deutlich bessere Bewertung als die von der PDS tolerierte SPD-Regierung Sachsen-Anhalts im April 2002, wo sich lediglich 21% als zufrieden bekannt hatten. Bei der Leistungsbeurteilung der beiden Koalitionspartner SPD und PDS waren deutliche Unterschiede zu erkennen. Während 48% der Wähler mit der Regierungsarbeit der SPD insgesamt zufrieden waren, erhielt die PDS lediglich 26% Zustimmung. 56% gingen davon aus, dass eine CDU-geführte Regierung die Probleme nicht besser lösen könne.

Bei den Themen zeigt sich eine deutliche Verschiebung: Rechtsradikalismus, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie die West-Ost-Angleichung der Lebensverhältnisse wurden im Unterschied zu 1998 in diesem Wahlkampf kaum noch aufgegriffen. In der Gesamtbewertung wurde wenige Tage vor der Wahl der SPD am ehesten zugetraut, die Zukunftsprobleme des Landes zu lösen. Ähnlich wie im Bund Gerhard Schröder wurde Harald Ringstorff im Vergleich zu seinem Herausforderer als der sozialere und sympathischere Kandidat angesehen. Bei der Parteienbewertung beurteilten 65% der Wähler im Nordosten die Leistungen der Sozialdemokraten in Berlin positiv, d.h. eine um fünf Punkte höhere Bewertung als bei der Landespartei. Offensichtlich konnte die Landes-SPD also vom bundespolitischen Rückenwind profitieren. Mit der Arbeit von Bundeskanzler Schröder waren sieben von zehn Bürgern im Nordosten zufrieden, es folgte Angela Merkel (55%) vor Edmund Stoiber (32%). Wie auf der Bundesebene hatte sich

demnach in den letzten Wochen vor der Wahl die Stimmung gegen einen Regierungswechsel gefestigt. Der PDS schrieben immerhin 50% weiterhin eine wichtige Rolle zu, allerdings meinten nur noch 31% der Bürger im Nordosten, die PDS habe besonders fähige Politiker an der Spitze, 1998 waren es noch 51%. Nach dieser Umfrage sah sich eine deutliche Mehrheit von 53% in Mecklenburg-Vorpommern als Gewinner der gesellschaftlichen Entwicklung, 28% betrachten sich eher als Verlierer (Ostdeutschland insgesamt 58:26%). Auch die PDS-Anhänger fühlen sich mehrheitlich auf der Gewinnerseite (52:31%).

Wahlergebnisse in Land und Bund

Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern fiel überraschend deutlich aus (Vgl. Tabelle): Die SPD war mit 40,6% der klare Gewinner und legte um 6,3% zu. Die CDU konnte leicht hinzugewinnen (+1,2%), landete aber mit 31,4% deutlich unter den eigenen Wahlzielen. Klarer Verlierer der Wahlen war die PDS mit 16,4%, die um 8% zurückging. Andere Parteien konnten – wie seit 1994 – nicht in den Landtag einziehen; die FDP scheiterte mit 4,7% trotz eines Zugewinns von 3,1% vergleichsweise knapp. Die PDS litt erstmals an einer Mobilisierungsschwäche und verlor einen Teil ihrer Wähler an die SPD. Schmerzhaft waren für sie die Verluste in den Hochburgen und bei ihrer Kernwählerschaft, darüber hinaus schnitt sie bei den Erstwählern erstmals schlecht ab. Diese Wahleinbußen müssen vor dem Hintergrund eines beständigen Anwachsens der PDS – mit ganz wenigen Ausnahmen – seit 1990 gesehen werden. Im Unterschied zu den Landtagswahlen 1994 und 1998 gewann sie in MV kein Direktmandat mehr. Diesmal blieben die Protestwähler daheim, während sie 1998 vermutlich teils der PDS, teils den rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien ihre Stimme gaben, die dieses Mal wesentlich deutlicher unter der 5%-Marke blieben als vor vier Jahren.

Die Wahlbeteiligung war mit 70,6% um 8,9% niedriger als bei der Landtagswahl 1998. Die SPD konnte in 28 der 36 Wahlkreise den höchsten Zweitstimmenanteil erringen (1998:23 von 36). Die besten Wählerergebnisse erreichte sie im Wahlkreis Wismar (fast 53%, gefolgt von Ludwigslust und Rostock). Die SPD konnte auch in Nordvorpommern, wo traditionell die CDU dominiert, Gewinne erzielen; sie legte überdurchschnittlich in ihren Hochburgen zu. Dank des populären Landwirtschaftsministers erzielte sie auf dem Land und bei den Landwirten Zugewinne.

Interessant ist der Vergleich des Wahlergebnisses in Bund und Land. Die SPD erzielt im Bund sogar noch etwas höhere Gewinne als im Land (+1,0). Die PDS schneidet im Land nur geringfügig besser ab als im Bund (0,1). Dagegen fällt das Ergebnis für die CDU im Land etwas besser aus als im Bund (+1,0). Sowohl die Grünen als auch die FDP schneiden im Wahlergebnis zur Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern besser ab als im Land (3,5%; 5,4%). Offenbar hatten potenzielle FDP-Wähler im Lande die Chancen für den Einzug der Liberalen in den Landtag skeptisch eingeschätzt, denn mit dem Ergebnis zur Bundestagswahl wäre die FDP auch in den Landtag eingezogen.

Wenn man das Wahlergebnis nach absoluten Zahlen betrachtet, dann verändert sich das Bild etwas: Die CDU erreicht mit nur 304.000 Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl seit dem Bestehen von Mecklenburg-Vorpommern; die PDS verliert gegenüber 1998 über 100.000 Zweitstimmen und rangiert nun bei 159.133.

Tab. 1: Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in MV im Vergleich (Zweitstimmen)

Partei	LTW 1990	BTW 1990	LTW 1994	BTW 1994	LTW 1998	BTW 1998	LTW 2002	BTW 2002
CDU	38,3%	41,2%	37,7%	38,5%	30,2%	29,3%	31,4%	30,3%
SPD	27,0%	26,5%	29,5%	28,8%	34,3%	35,3%	40,6%	41,7%
PDS	15,7%	14,3%	22,7%	23,6%	24,4%	23,6%	16,4%	16,3%
FDP	5,5%	9,2%	3,8%	3,4%	1,6%	2,2%	4,7%	5,4%
Bündnis 90/ Die Grünen	9,3%*	5,9%	3,7%	3,6%	2,7%	2,9%	2,6%	3,5%
Sonstige	4,2%	2,9%	2,6%	2,1%	6,8%	6,7%	4,3%	2,8%
Wahlbeteiligung	64,8%	70,9%	72,9%	72,8%	79,4%	79,4%	70,6%	70,6%

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

Legende: *= 1990 traten Die Grünen, Bündnis 90 und Neues Forum getrennt zur Landtagswahl an. Alle drei scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde, Hürde LTW=Landtagswahl, BTW = Bundestagswahl.

Fazit und Ausblick

In Mecklenburg-Vorpommern haben die Wähler nicht gegen die amtierende rot-rote Koalition votiert. Die Fortsetzung dieser Koalition passt auch gut in das mittelfristige strategische Kalkül der (Landes-) SPD. Dieses zielt auf die Kooptation der Wähler, Mitglieder und möglicherweise eines Teils des Führungspersonals der PDS. Diese freundliche Übernahme hatte Harald Ringstorff schon eine Woche vor den Wahlen angedeutet, als er u.a. in der „Berliner Zeitung“ darüber nachdachte, ob die Minister Holter und Methling nicht auch bei der Sozialdemokratie gut aufgehoben wären. Vor dem Hintergrund des für die SPD insgesamt vielversprechenden Wahlergebnisses im Osten eröffnen sich neue Perspektiven mit Blick auf eine stabile linke Mehrheit. Ungeklärt bleibt dabei allerdings, inwiefern diese Entwicklung auch ein größeres Gewicht für die neuen Länder mit sich bringt. Denn entgegen der hohen Bedeutung, die die ostdeutschen Wähler beim Wahlausgang hatten, ist die Zahl der Abgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern im neuen Bundestag gesunken und liegt jetzt bei zehn Abgeordneten (1998=15 Abgeordnete). Verantwortlich dafür ist die geringe Wahlbeteiligung und die Tatsache, dass die PDS nicht in den 15. Bundestag eingezogen ist.⁴

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

- Zwölf Jahre nach der deutschen Einigung und der Wiedergründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ging es im Wahlkampf weniger um die Vergangenheit als bei den bisherigen Landtagswahlen.
- Die SPD kann das sozialdemokratische Potenzial der PDS teilweise zu sich holen.
- Das Wählerverhalten ist nicht so volatil (flatterhaft) wie in Sachsen-Anhalt. Ob dies vor allem an der Gleichzeitigkeit mit der Bundestagswahl liegt, kann vermutet, aber nicht definitiv beantwortet werden. Das unterschiedliche Wählerverhalten in Mecklenburg und Vorpommern zeigte sich auch bei dieser Wahl.
- Die Gleichzeitigkeit von Bundestags- und Landtagswahl hat erhebliche Auswirkungen auf den Landtagswahlkampf. Sie stärkt die größeren Parteien und beeinflusst das Wählerverhalten. Von daher wäre eine Trennung von Bundestags- und

- Landtagswahl bzw. eine Verlängerung der Amtszeit des Landtages auf fünf Jahre erneut zu diskutieren.⁵
- Auch bei dem schlechten Wahlergebnis für die PDS dürfte die Entwicklung im Bund (Gysi-Rücktritt) und der populistische Stil des Bundeskanzlers in der Endphase des Wahlkampfes (Flutkatastrophe und Irak-Frage) eine Rolle gespielt haben. Für die Sozialisten gilt es zu beachten, dass offenbar die bloße Regierungsbeteiligung noch keine Punkte bringt und das Wählerreservoir der PDS auch im Nordosten keineswegs festgeschrieben ist.
 - Ob die Entzauberung weiter voranschreitet, hängt auch von der Innen- und Außenpolitik der zweiten Regierung Schröder in Berlin ab. Sollte der möglicherweise nur vorübergehende Linksschwenk nicht weiter anhalten, könnte sich die PDS wieder etwas erholen.
 - Vorerst geht die SPD im Nordosten gestärkt aus der Wahl hervor. Von einer „fragilen Mehrheit“⁶ ist sie zu einer komfortablen Mehrheit vorgerückt. Die Aussichten, dass PDS-Potenzial dauerhaft zu beerben, sind nicht schlecht, zumal die SPD ihrerseits in Fragen Gerechtigkeit, Frieden und Schulpolitik eine starke Annäherung an die PDS aufweist.

Bei zwei zeitgleichen Sonderparteitagen am 2. November 2002 wurde die Koalitionsvereinbarung debattiert. Auf eine ausführliche Präambel unter Bezugnahmen auf die DDR-Vergangenheit hatte man diesmal verzichtet. Zu Kontroversen führt Punkt 13, wo eine Vertiefung und organisatorische Zusammenfassung der politischen Bildung angekündigt wird. In der Presse kamen schnell Vermutungen auf, es gehe darum, den Beauftragten für die Stasi-Unterlagen zu entmachten.⁷ Während die SPD-Delegierten nach knapp zwei Stunden in Warnemünde die Vereinbarung verabschiedeten, dauerte die Debatte bei der PDS im Ferien-Ressort Göhren-Lebbin fast acht Stunden. Von den 79 SPD-Delegierten sprachen sich zwei gegen den Vertrag aus, zehn enthielten sich der Stimme. Von den 95 PDS-Delegierten waren 89 für den Koalitionsvertrag, drei dagegen und drei enthielten sich. Vorangegangen war beim PDS-Parteitag ein interner Wahlprozess: Als Nachfolgerin von Sozialministerin Bunge wurde die Agrarwissenschaftlerin Linke nominiert. Helmut Holter soll zwar erneut Arbeits- und Bauminister werden, das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten jedoch an Umweltminister Methling abgeben. In der Debatte hatte Holter „mehr Sozialismus“ gefordert. Er verwies auf den Arbeitsplatzvorbehalt im Koalitionsvertrag, wonach jede Maßnahme darauf geprüft werde, ob sie arbeitsplatzfördernd wirke.⁸ Er wolle „auch als Minister Teil der außerparlamentarischen Bewegung“ sein.⁹

Solche Äußerungen verweisen darauf, dass die Regierungsbeteiligung der PDS in Schwerin ihren Anteil an den Zukunftschancen der Sozialisten im Bund haben wird. Nach den deutlichen Einbußen der PDS bei den Landtagswahlen und dem Linksruck beim PDS-Parteitag in Gera dürften sich die Versuche mehren, nun ein klareres eigenes Profil zu zeigen. Die SPD ihrerseits dürfte aus einer Situation der Stärke heraus die Entwicklung vergleichsweise gelassen abwarten. Ministerpräsident Ringstorff hat nicht nur am Wahlabend in einer Mischung aus Fürsorge und Besorgnis auf die Einbrüche seines Koalitionspartners reagiert. Zumindest einzelne SPD-Mitglieder haben aber auf dem jüngsten Parteitag die Chancen angedeutet, die aus dem Wahlergebnis resultieren könnten und von 40 plus x gesprochen. Es scheint, als ob Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft eine gewisse bundespolitische Bedeutung mit Blick auf Koalitionsoptionen und Strategien behalten dürfte.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu die Beiträge in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hg.), *Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern*, München 2000.
- 2 Nikolaus Werz, *Die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern*, in: Derselbe u.a., *Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern*, Rostock 2001 (*Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung*; 15), S. 17f.
- 3 Vgl. dazu: *Infratest dimap, Mecklenburg-Vorpommern vor der Wahl*, Berlin, Erhebungszeitraum 13. bis 17. September 2002.
- 4 Vgl. dazu: Steffen Schoon, *Ist der Osten im Bundestag unterrepräsentiert?* Erscheint in: *Statistische Monatshefte*, Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, (2002)12.
- 5 Das Thema der Gleichzeitigkeit von Wahlterminen und die dabei vermutete Kostenersparnis wird in der Öffentlichkeit stärker diskutiert als unter Fachwissenschaftlern. Zu den Ausnahmen gehört: Klaus von Beyme, *Zusammenlegung von Wahlterminen: Entlastung der Wähler – Entlastung der Politiker?* in: *ZParl* (1992)2, S. 339-353.
- 6 Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, *Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten: Die Stabilisierung eines Dreiparteiensystems in Mecklenburg-Vorpommern*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.1998, S. 15.
- 7 *tageszeitung*, 24.10.2002; *Die Welt*, 19.10.2002; *Nordkurier* 19.10.2002.
- 8 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.11.2002.
- 9 *Neues Deutschland*, 4.11.2002.